

Wünsche der ungarischen Agrarier.

Generalversammlung des Landesagrikulturreinees.

Budapest, 10. Dezember. (AB)

Der Landesagrikulturreinee in Ungarn hielt heute vormittags eine Sitzung ab, an der seitens der Regierung Ackerbauminister Baron Hillanzy und die Staatssekretäre v. Ottlik und v. Bartoki teilnahmen. Die Versammlung nahm eine Resolution an, wonach eine Abänderung der Höchstpreise für landwirtschaftliche Produkte gefordert wird, da dieselben mit den Erzeugungskosten nicht im Verhältnis stehen. Die Resolution verlangt, die Regierung möge bei der gegenwärtigen Requirierung den Bedürfnissen der landwirtschaftlichen Arbeiter Rechnung tragen, und fordert ferner Höchstpreise für Industrieartikel. Schließlich wird die Regierung ersucht, dem Warenwucher der Vermittler ein Ende zu bereiten.

Rede des Ackerbauministers.

In der Generalversammlung hielt Ackerbauminister Baron Hillanzy eine Rede, in der er ausführte, in der gegenwärtigen so bewegten Zeit vermöge niemand soviel Unparteilichkeit aufzubringen, um die wirtschaftliche Politik der Regierung während der Dauer des Krieges gerecht beurteilen zu können. Er hoffe aber, es werde die Zeit kommen, in der es sich bei einem Vergleich zwischen den kriegswirtschaftlichen Verfügungen in den einzelnen kriegsführenden Staaten erweisen werde, daß die ungarische Regierung die Interessen der Landwirtschaft am besten geschützt habe.

Was die vorgebrachten Beschwerden betreffe, wolle der Minister zunächst der Frage der Bestimmung von Höchstpreisen für die Industrieartikel gedenken. Graf Dessenoffy habe vollständig berechtigt die Frage gestellt, warum diese Maßnahme nicht bereits erfolgt sei. Auch Redner habe diese Maßnahme gewünscht und könne nur sagen, daß der Handelsminister dieser Frage gleichfalls wohlwollend gegenüberstehe; doch habe die Befürchtung bestanden, daß, wie es bei den bisherigen Höchstpreisbestimmungen der Fall gewesen sei, die Waren sofort nach Festsetzung der Höchstpreise verschwinden würden. Deshalb habe eine generelle Maßregel noch nicht erfolgen können. (Nuse: Requirieren kann man nur die Vorräte im eigenen Lande, nicht aber das, was in fremdem Besitz ist.) Man möge sich aber beruhigen: Für viele Industrieartikel seien bereits Höchstpreise festgestellt und wo die ange deutete Gefahr nicht bestehe, seien neue Höchstpreisbestimmungen bevorstehend.

Der Minister wolle aber nur auf ein Beispiel, nämlich auf das der Rohle, verweisen; auch da habe die Regierung einen Weg gefunden, um ohne Höchstpreise auszukommen, und trotzdem gebe es nicht genug Ware. Das seien sehr schwierige Fragen, und zur Beurteilung dessen, wie weit die Regierung ohne Gefährdung des öffentlichen Interesses gehen dürfe, sei hier wohl niemand kompetent. Eine Versicherung könne der Minister den Landwirten geben, nämlich die, daß es der unbeugsame Wille der Regierung sei, Preiswucher und Mißbräuche auf der ganzen Linie zu verfolgen. Leider könne man aber auf diesem Gebiete einen ganzen Erfolg deshalb nicht erzielen, weil unser Publikum sich scheue, Anzeigen zu erstatten. In Budapest beispielsweise kommen täglich wohl Tausende Zuwiderhandlungen vor, und doch sei die Zahl der Anzeigen seitens des Publikums sehr gering. Wo aber kein Kläger sei, gebe es auch keine Abmildung. Was die Gerabsetzung der Brot-Stoppquote betreffe, müßte mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Gegenden die Verfügung den Lokalbehörden überlassen werden. Auch die Versorgung des Heeresbedarfes habe dazu gezwungen, und auch deshalb habe die Requirierung so streng durchgeführt werden müssen. Dem Minister sei es schwer gefallen, da seine Zustimmung zu geben. Er habe wohl vorausgesehen, daß viele Klagen durch unrichtige Durchführung entstehen würden, doch habe er sich vor den höheren Staatsinteressen beugen müssen. Auf die Beschwerde über eine angebliche bevorzugte Zuteilung von Mais an Banken und einzelne Mäster zurückkommend, erklärte der Minister, wobei er sich auch auf die bezüglichen Erklärungen des Ministerpräsidenten Grafen Tisza im Parlament und in der

Presse beruft, daß weder Banken noch Mäster auch nur ein einziges Körnchen Mais erhalten haben, vielmehr habe den gesamten requirierten Mais einzig und allein die Armee für ihren Bedarf erhalten. Soviel Billigkeit könne die Regierung von den Landwirten doch erwarten, daß man ihren Worten glauben schenke. (Beifall und lebhafteste Zustimmung.)

Nach dieser mit großer Aufmerksamkeit angehörten Rede des Ackerbauministers wurde die Resolution angenommen und der Jahresbericht, die Schlußrechnungen und das Budget genehmigt.